

„Free Gaza“: Die Internationale Staatengemeinschaft ist gefordert!

Von Fritz Edlinger

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist einfach zu lösen, sagen die Einen, höchst kompliziert bis unlösbar, die Anderen. In einer gewissen Weise haben beide Recht. Auch die internationalen Reaktionen auf die Stürmung der „Free Gaza“ Flotte bestätigen dieses nahöstliche Paradoxon. An sich ist es weitgehend klar, was geschehen müsste, es bewegt sich leider nichts und das seit Jahrzehnten. Das Szenario ist bekannt und bereits zum Überdross beschrieben: Die Lösungen liegen mehr oder minder ausformuliert auf dem Tisch (besser müsste man sagen, in den Schubladen)¹, die Arroganz und Ignoranz der verschiedenen israelischen Regierungen (hier gab es im Laufe der letzten Jahrzehnte auf israelischer Seite kaum einen wesentlichen Unterschied zwischen den verschiedenen Regierungen; der Einzige, dem man den Willen zu einer wirklichen Lösung zutrauen hätte können, Yitzhak Rabin, wurde von einem fanatischen Rechtsradikalen ermordet) haben dies aktiv, die bedingungslose Unterstützung seitens unterschiedlicher US-Regierungen passiv unterstützt und die restliche Welt – inklusive Europa – hat dies mehr oder minder tatenlos akzeptiert. Auch jetzt ist es wieder so weit: Nach der verbrecherischen Aktion der israelischen Armee gegen die Schiffe von „Free Gaza“ haben selbst Barack Obama und Toni Blair gemeint, dass die von Israel einseitig verhängte und von der überwiegenden Mehrheit der Staatengemeinschaft akzeptierte totale Abriegelung des Gazastreifens endlich beendet werden sollte. Der gelernte Nahostbeobachter ist skeptisch, unverbindliche Erklärungen gab es jede Menge, worauf es aber ankommt, sind die Taten. Und hier ist – nach den Erfahrungen der Vergangenheit – einmal mehr Skepsis angesagt. Das Veto der USA bei der jüngsten Sitzung des UN-Menschenrechtsbeirates gegen eine internationale und wirklich unabhängige Untersuchung der Ereignisse im Mittelmeer vor Gaza nährt diese Zweifel.

Dabei liegen die Tatsachen hinsichtlich der katastrophalen Lage in Gaza auf der Hand. Zahlreiche Berichte unterschiedlicher UN-Organisationen, anderer internationaler Organisationen und NGOs strafen die zynischen Stellungnahmen Israels, wonach es in Gaza keine Not gäbe, Lüge.² Die Regierungsverantwortlichen auf der ganzen Welt wissen dies seit langem, aber nichts ist geschehen und man muss abwarten, was nun geschehen wird.

Ähnlich verhält es sich mit der im Westen von ganz wenigen Ausnahmen praktizierten Kontaktsperre zur Hamas. Man (inklusive Israel) unterhält zwar dezente Kontakte zur Hamas, offiziell wird sie aber als Terrororganisation gebrandmarkt und isoliert. Vergessen ist die Tatsache, dass die Bewegung aus den vom Westen massiv unterstützen Wahlen 2006 als eindeutiger Sieger hervorgegangen ist, und dass nahezu alle internationalen Experten und Beobachter zumindest eine spürbare Lockerung dieses politischen Boykotts verlangen.³ Aber Israel, welches in den späten siebziger und frühen achtziger

¹ Aus der Vielfalt an Friedensvorschlägen seien vor allem die am 1.12.2003 veröffentlichten Vorschläge der sogenannten „Genfer Initiative“ erwähnt, in der israelische und palästinensische Politiker und Experten umfassende Vorschläge erarbeitet haben. Siehe: www.genevaaccord.org,

² Detailinformationen sind unter anderen folgenden Webseiten zu entnehmen: www.who.int; www.ochaopt.org; www.unrwa.org.

³ Hier ist vor allem der anerkannteste internationale think tank „crisis group“ zu erwähnen, der zweifellos über die weltweit beste unabhängige Expertise verfügt. Siehe: www.crisisgroup.org.

Jahren die Gründung der Hamas sogar indirekt unterstützt hat, praktiziert hinsichtlich der Gesprächspartner auf palästinensischer Seite eine willkürliche und destruktive Politik der einseitigen Ein- und Ausgrenzung. Wenn man in den letzten Tagen wieder lobende Worte über „maßvolle“ Politiker a la Salam Fayyad gehört hat, so darf uns diese nicht vergessen lassen, dass Israel dieses Spiel bereits mit Perfidie auch mit Yasser Arafat betrieben hat. Dieser hat in der Einschätzung Israels den Wandel vom Terroristen zum pragmatischen Friedenspartner (und Friedensnobelpreisträger) und wieder zurück zum ausgegrenzten „Gefangenen in Ramallah“ über sich ergehen lassen müssen. Ein zynisches „Spiel“, welches die ganze Welt zugelassen hat und das letztlich bei Vielen das Vertrauen in die Ernsthaftigkeit Israels, an einer politischen Lösung des Konfliktes mit den Palästinensern überhaupt wirklich interessiert zu sein, schwerst erschüttert.

Israel mit konkreten Taten zu ernsthaften Verhandlungen veranlassen

Israel ist im Kern nach wie vor eine kolonialistische Siedlergesellschaft, welche bis dato nicht bereit ist, in Gleichberechtigung und Partnerschaft mit seinen arabischen Nachbarn zu leben. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte habe dies leider vielfach bewiesen. Und die derzeitige Rechtsregierung hat diese Tendenz nur noch verstärkt. Sollen die neun von der israelischen Armee vor Gaza Getöteten nicht sinnlos gestorben sein, so wie Tausende weitere Opfer der aggressiven israelischen Vertreibungs- und Besatzungspolitik, so ist es nun höchst an der Zeit, dass die Internationale Staatengemeinschaft endlich die Lehren aus vergeudeteten Jahren des sogenannten Friedensprozesses zieht, und konkrete Maßnahmen setzt. Von den USA ist zu fordern, dass sie von ihrer durch eine kaum übersehbare Anzahl von Einsprüchen gegen UN-Beschlüsse gekennzeichnete „Nibelungentreue“ zu Israel abrücken und Europa muss sich zu einer klaren Politik der Durchsetzung von Völkerrecht und internationaler Legalität durchringen. Dies sollte auch bedeuten, dass die UN zur Überwachung und Durchsetzung von internationalen Beschlüssen sich auch selbst massiver (z.B. durch die Entsendung von Beobachtertruppen) einbringt und letztendlich internationale Sanktionen verhängt, wie dies bei anderen internationalen Rechtsbrechern weitaus rascher getan worden ist. Europa könnte hier eine Vorreiterrolle übernehmen, in dem man von jenen Menschenrechtsparagrafen, die in fast allen europäisch-israelischen Verträgen enthalten sind, auch tatsächlich Gebrauch macht. Die besondere und durch nichts infrage zu stellende geschichtliche Verantwortung Europas für das Jüdische Volk und den Staat Israel kann und darf nicht länger als Rechtfertigung für eine passive Unterstützung israelischer Menschenrechtsverletzungen dienen.

Fritz Edlinger ist Generalsekretär der „Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen“ (GÖAB) und Herausgeber der Zeitschrift INTERNATIONAL.